

# Willkommen in

**F**ranz Fischler und Klemens Riegler freuen sich schon auf den Herbst. Dann nämlich steht endlich der Budgetplan, der für die Österreicher alleine im kommenden Jahr zusätzliche Belastungen von 1,7 Milliarden Euro bereithält. Fischler und Riegler sind keine Masochisten, vielmehr sehen die beiden Vorkämpfer des Ökosozialen Forums durch die staatliche Mammutbelastung endlich die Zeit gekommen, Österreich steuer- und gesellschaftspolitisch auf vollkommen neue Beine zu stellen, sozusagen einen Paradigmenwechsel einzuläuten (siehe Kommentar S. 22). Mit ihrem Konzept einer ökosozialen Steuerreform touren sie gerade durch die Ministerien. Sollten auch nur Teile davon umgesetzt werden, käme das einer Revolution gleich.

Eine solche wäre auch dringend nötig. Denn das Dogma, dass Wachstum den Wohlstand aller sichern wird, bröckelt. Mittel- bis längerfristig wird sich das Wachstum deutlich einbremsen und jedenfalls nicht ausreichen, um mit herkömmlichen Mustern Arbeitslosigkeit zu bekämpfen oder Sozialsysteme zu verbessern. Die Suche nach Alternativen hat deshalb längst begonnen, vormalig utopisch anmutende Formen des Wirtschaftens werden heute ernsthaft diskutiert.

Ökologische und soziale Steuerung sollen neue Arbeitsmodelle ermöglichen. Auch jenseits von Basel III basteln Wirtschaftsvordenker an einem Geld- und Finanzsystem, das weniger krisenanfällig ist und den Menschen besser nützt.

**Ökosoziale Steuerreform.** Fischler und Riegler sind deshalb so von ihrem Konzept überzeugt, weil es eine fatale Schiefelage im heimischen Steuersystem beseitigt, Normalbürger und Unternehmen aber nicht mehr kostet.

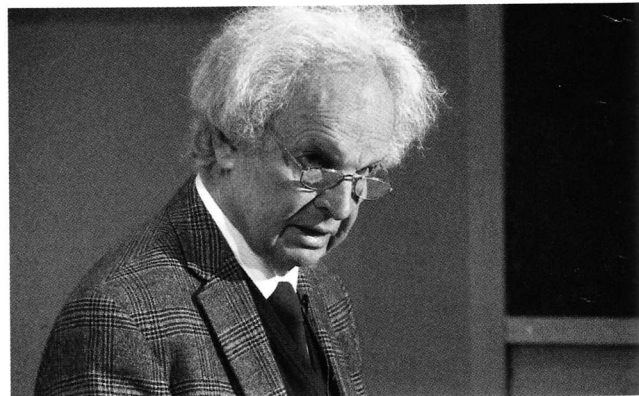
Der österreichische Staat belastet Arbeit mit 41,3 Prozent Abgaben – weit mehr als der EU-Schnitt von 36,5 Prozent. Rund die Hälfte aller Steuereinnahmen stammt

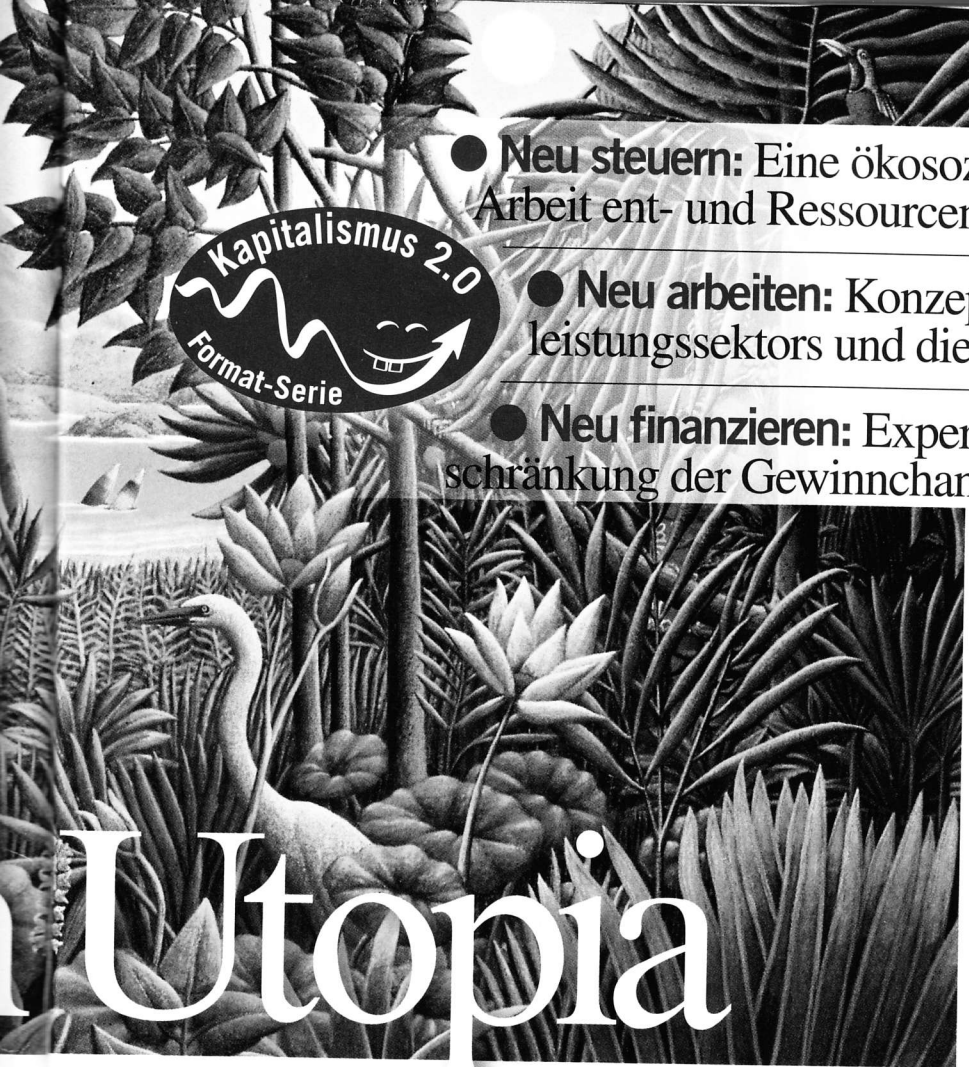
hierzulande aus dem Faktor Arbeit. Anders beim Ressourcenverbrauch. Da ist die Besteuerung lächerlich niedrig: 2,4 Prozent. Kurz: Das wertvolle Gut Arbeit wird über Gebühr belastet, die Verschwendung wertvoller Ressourcen belohnt. Der Plan der Ökosozialen sieht deshalb vor, dieses Missverhältnis ins Gegenteil zu verkehren, eine „doppelte Dividende“ zu schaffen, wie Riegler es nennt: eine Idee, mit der sich zumindest auch Umweltminister Niki Berlakovich anfreunden kann (siehe Interview S. 49). Dazu braucht es folgende Zutaten: höhere Mineralöl- und Kraftfahrzeugsteuern genauso wie höhere Energieabgaben im Form eines CO<sub>2</sub>-Zuschlags auf fossile Energieträger. Hinzu

**„Die Geldschöpfung der privaten Banken gehört unterbunden.“**

**Hans Christoph Binswanger**

Schweizer Ökonom und Doktorvater des Deutsche-Bank-Chefs Josef Ackermann





**Kapitalismus 2.0**  
Format-Serie

- **Neu steuern:** Eine ökosoziale Reform soll den Faktor Arbeit ent- und Ressourcenverbrauch belasten.
- **Neu arbeiten:** Konzepte für den Ausbau des Dienstleistungssektors und die Umverteilung von Arbeit.
- **Neu finanzieren:** Experten fordern eine radikale Einschränkung der Gewinnchancen für Banken.

CO<sub>2</sub>-Emissionen um drei bis sieben Prozent reduziert. Die Umwelt dankt, die Staatskasse auch.

**Arbeit neu bewerten und verteilen.** 15.000 Jobs aus der ökosozialen Steuerreform sind aber zu wenig. Vor allem vor dem Hintergrund, dass zusätzliches Wachstum alleine in der Vergangenheit auch schon nicht für Vollbeschäftigung gesorgt hat (siehe Grafiken). „Arbeit und Einkommen müssen viel gerechter verteilt werden“, ist Gernot Mitter von der Arbeiterkammer überzeugt: zwischen In- und Ausländern, zwischen Jüngeren und Älteren, dem Mann an der Maschine und der Frau in sozialen Berufen. Aber auch zwischen „normalen“ Mitarbeitern und Managern. Mitter ist sich deshalb sicher: „Wenn ein Unternehmen dem Häuptling 40-mal so viel bezahlt wie dem Indianer, muss der Staat das nicht noch stützen.“ Die steuerliche Absetzbarkeit von Topgehältern wäre deshalb genauso zu überdenken wie Strafen für Unternehmen, die Einkommen intransparent und unabhängig von der Leistung des Arbeitenden gestalten.

Viele Experten sehen die Zukunft nur mit einer radikalen Arbeitszeitverkürzung bewältigbar: Vollbeschäftigung wäre in Österreich mit einer Arbeitszeit von 34,4 Stunden pro Woche erreichbar. Im ersten Schritt müssten Überstunden deutlich teurer werden, und ein besserer Arbeitnehmerschutz müsste verhindern, dass der Unternehmer einfach das gleiche Arbeitspensum in weniger Stunden zu packen versucht. „Wenn der politische Druck und die Notwendigkeit groß genug sind, sind Arbeitszeitverkürzung und neue Tarifregelungen auch machbar“, glaubt der Osnabrücker Ökonom Mohssen Massarrat. Der Mitarbeiter gewinnt durch mehr Freizeit an Lebensqualität. Ergänzend zu neuen Wochenarbeitszeiten wird Arbeit auch während des Lebenszyklus neu verteilt. Schließlich braucht der Mensch Bildungskarenzen für das lebenslange Lernen. Da aber weniger arbeiten nicht mit vollem Lohnausgleich möglich ist, würde das mit einem Verlust an materiellem Wohlstand einhergehen.

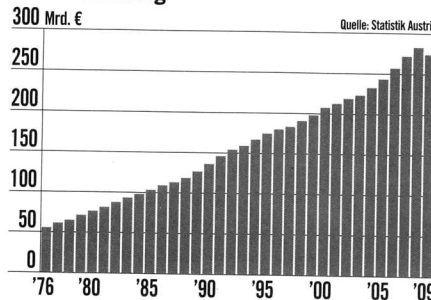
kommt die Einführung einer Flugticketabgabe nach dem Vorbild Deutschlands, die alleine rund 150 Millionen Euro pro Jahr bringen könnte. Macht in Summe zwei bis drei Milliarden Euro an neuen Steuern und Abgaben. Politisch durchsetzbar wird dieser Plan aber nur, wenn die Ökosteuern je zur Hälfte wieder über niedrigere Lohnnebenkosten an die Betroffenen zurückfließen, Unternehmer und Arbeitgeber deshalb an anderer Stelle entlastet werden.

Wo aber bleiben die Mehreinnahmen für den Staat? Die Ökologisierung der Steuern soll Österreich ein zusätzliches BIP-Wachstum von zirka 0,7 Prozent bis 2014 bringen. Das reduziert die notwendigen Zusatzsteuern um rund zwei Milliarden Euro. Schließlich werden Konsum und Investitionen angeregt, und neue Jobs sparen dem Staat Arbeitslosengelder. Der Rest der 4,1 Milliarden, die der Staat bis 2014 zusätzlich braucht, könnte mit der höheren Besteuerung von Finanzgewinnen und sozialschädlichem Verhalten wie Rauchen oder Alkoholgenuss eingenommen werden – und mit der geplanten Bankenabgabe.

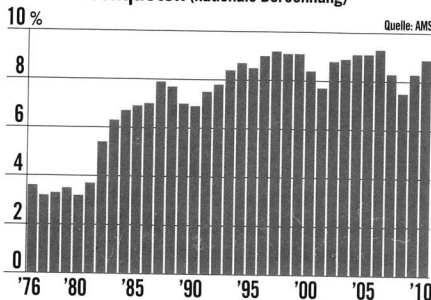
Konservativ geschätzt entstünden 15.000 neue Arbeitsplätze. In Deutschland wurden mit Ökosteuern sogar 250.000 neue Jobs geschaffen, zugleich werden

## Fatal: Das BIP steigt, die Arbeitslosigkeit auch

**BIP-Entwicklung**



**Arbeitslosenquoten (nationale Berechnung)**



**WACHSTUM OHNE ARBEIT.** Das Bruttoinlandsprodukt hat sich seit Mitte der Siebzigerjahre vervielfacht, die Arbeitslosigkeit vervierfacht. Herkömmliches Wachstum bringt damit nicht genug Beschäftigung für alle.

**STEUERALTERNATIVE.** Klemens Riegler vom Ökosozialen Forum will Ressourcenverbrauch bestrafen und Arbeit entlasten.

>> **Dienstleistungsgesellschaften.** Arbeit findet heute oft auch unbezahlt oder „schwarz“ rund um den Haushalt statt. Kinderbetreuung, Putzen oder Pflege verringern nicht nur das Einkommen vieler Frauen, auch der Staat verdient keinen Cent an Steuern. Gudrun Biffel, Wirtschaftsforscherin an der Donau-Uni Krems, will deshalb den sozialen Dienstleistungssektor raus aus Familie und Schwarzarbeitsmarkt holen. Die Idee: Der Staat stützt in Form von Gutscheinen und über Investitionen in mobile und regional organisierte Infrastruktur. In der Praxis könnte das so aussehen: Ein Teil des Kindergelds gibt es als Putz-, Nachhilfe- oder Betreuungsgutscheine, eingelöst werden sie bei Angestellten eines sozialen Dienstleistungszentrums in der Region, die im Wettbewerb miteinander konkurrieren. Damit gäbe es nicht nur Arbeitsplätze, auch die Kontrolle der Qualität und des effizienten Einsatzes der Mittel wäre besser gewährleistet als heute.

**Alternative Geldsysteme.** Zumindest als Denkanstoß sind auch Versuche mit sogenanntem Regionalgeld nicht reine Spinnerei. Erfolg hatte dieses Konzept schon im Jahr 1932 im darbenen Tiroler Ort Wörgl. Als die Wörgler im Zuge der damaligen weltweiten Depression ihr Geld nicht mehr ausgeben wollten, sondern für noch härtere Zeiten in den Sparstrumpf steckten, sorgte ein neues, zinsloses Regionalgeld für neue Investitionen in der Region und niedrigere Arbeitslosenzahlen als im Rest von Österreich. Ein entsprechendes aktuelles Projekt ist das Ende November in Wien startende KAESCH, das die Bewohner der Wohnhausanlagen Kabelwerk, Alt-Erlaa und Schöpfwerk probieren wollen. 100 KAESCH entsprechen einer Stunde Zeit, mit der man die Arbeit anderer bezahlen kann. So lassen sich informelle, aber wertvolle Tätigkeiten wie Altenbetreuung oder Nachhilfe miteinander tauschen. Wirtschaften wird als Mit- und nicht als Gegeneinander begriffen.

Hans Christoph Binswanger, Schweizer Wirtschaftswissenschaftler und Doktorvater von Deutschbanker Josef Ackermann, hält derartige Regiogeld-Initiativen zwar für pädagogisch wertvoll, für das globale Geldsystem der Zukunft hat er aber eine

**41 Prozent** an Abgaben belasten in Österreich den Faktor Arbeit, EU-weit sind es 36,5 Prozent.

Aus dem Verbrauch von Ressourcen holt sich der Staat aber nur **2,4 Prozent** Steuern

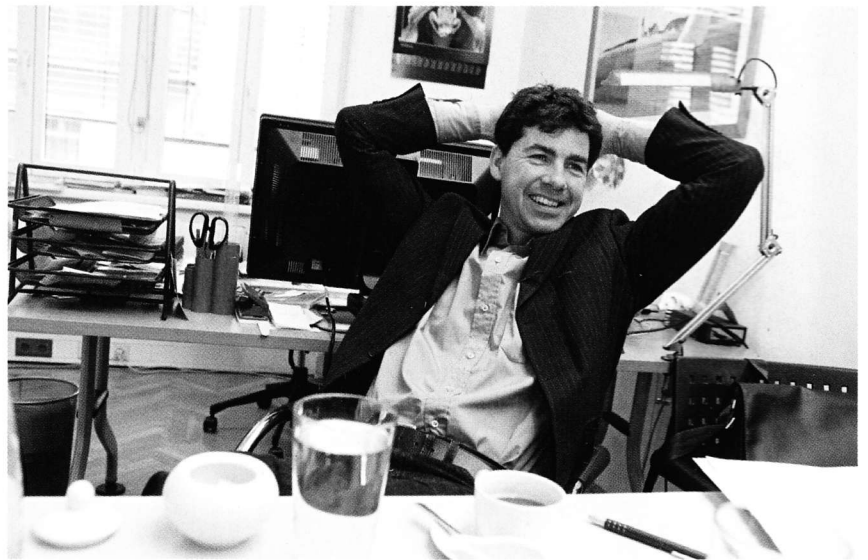
noch simplere Idee: „Die Geldschöpfung der privaten Banken gehört unterbunden.“ Binswangers Erkenntnis ist selbst den meisten Ökonomen völlig fremd: Danach entsteht Geld automatisch durch die Vergabe von Krediten. Auf der Basis von geringen Bar- sowie unbaren Zentralbankreserven können die Geschäftsbanken ein Vielfaches an Buchgeld schöpfen. Dieses kreditabhängige Geld wirkt direkt als Wachstumszwang, da Kreditnehmer ihre Schuld nur dann zurückzahlen können, wenn sie es Gewinn bringend investieren.

**Fessel für die Banken.** Wenn die Realwirtschaft das Wachstum nicht mehr hergibt, fließt das Geld in andere Anlagen und treibt die Preise nach oben. Deshalb sieht Binswanger für die immer häufiger auftretenden Spekulationsblasen die Geldschöpfung privater Banken verantwortlich. Diese „Vermögenspreis-Inflation“ entbehrt jeder realen Grundlage und bricht regelmäßig irgendwann zusammen – so geschehen auf den Immobilienmärkten der USA und Spaniens. Aus diesem Grund müssten alle Renditen und Steuern aus dem laufenden Wirtschaftsprodukt bezahlt werden, fordert der deutsche Wirtschaftssoziologe Josef Huber. Seine Idee des sogenannten Vollgeldes verschafft den Zen-

tralbanken wieder die gesamte Macht der Geldschöpfung, womit sie aufkeimende Vermögenspreis-Inflation wirksam durch eine direkte Drosselung der Kreditvergabe unterbinden könnten. Binswanger: „Die Banken sträuben sich natürlich dagegen, weil sie nach einer Reform viel weniger verdienen. Allerdings verursachen sie dann auch viel weniger Krisen.“

Wirtschaftsutopisten wie die von Attac haben überhaupt kein Vertrauen mehr in den bestehenden Bankensektor. Sie fordern als Alternative die „Demokratische Bank“. Kernidee des Konzeptes ist das Ende der Gewinnorientierung bei Finanzinstituten, ihre Rolle soll rein auf die Geldvermittlung zwischen Sparern und Kreditnehmern beschränkt sein. Kreditzinsen sollen ausschließlich die Kosten der Bank und die Inflation der Sparer decken. Zweiter Kernpunkt: Investitionsvorhaben mit hohem Mehrwert für Gesellschaft und Umwelt werden bevorzugt, sie erhalten Kredite kostenlos oder gar mit „negativem Zins“, müssen also weniger zurückzahlen als die Kreditsumme. Erstaunlicherweise haben die Attac-Leute schon ein paar unerwartete Mitstreiter gefunden. So frohlockt Günter Grzega, ehemaliger Vorstandschef der Münchner Sparda Bank: „Dies könnte der Startschuss für eine Re-Demokratisierung des Bank- und Finanzwesens sein und damit – ganz nüchtern betrachtet – die Gesellschaft vor dem nächsten, noch gewaltigeren Crash der Finanz- und Realwirtschaft bewahren.“

– MARTINA MADNER, ARNDT MÜLLER



**Bereits erschienen:**

**Teil 1: Kapitalist Mirko Kovats gegen Idealist Christian Felber (Format 38)**

**Teil 2: Das Ende der Wachstumshoffnung (Format 39)**

**Nächste Woche: Der neue Unternehmer & der neue Konsument (Format 41)**

## interview

# Von Weizsäcker: „Künftiges Wachstum kann nur ökologisches Wachstum sein“

Klimaexperte Ernst Ulrich von Weizsäcker und Umweltminister Niki Berlakovich über höhere Energiepreise und neue Arten des Wachstums.

**FORMAT:** Mit der Krise war die Hoffnung verbunden, das ganze Wirtschaftssystem nachhaltiger zu gestalten.

**Weizsäcker:** Ein bisschen Regulierung der Banken mag es inzwischen geben, das ökologische Bewusstsein hat während der Krise aber leider abgenommen.

**FORMAT:** Ein Beispiel?

**Weizsäcker:** In vielen Staaten, vor allem in den USA, glaubt man noch immer: Je mehr Umwelt, desto weniger Wirtschaft. Dabei kann künftiges Wachstum nur ökologisches Wachstum sein.

**FORMAT:** Wie könnte dieses ökologische Wachstum konkret aussehen?

**Weizsäcker:** Wir müssen es schaffen, mit sinkendem Ressourcenverbrauch mehr Wohlstand zu erzielen. Beispiele sind hocheffiziente Glühlampen oder Passivhäuser, die zehnmal weniger Energie verbrauchen; aber auch Metalle, die sich theoretisch wunderbar rezyklieren lassen.

**FORMAT:** Solche Effizienzgewinne wurden bisher immer durch einen Mehrverbrauch überkompensiert: Autos mögen sparsamer sein, aber auch schwerer; wodurch der Spritverbrauch kaum sinkt.

**Weizsäcker:** Diese Erfahrung stammt fast ausnahmslos aus Phasen billiger Ressourcen. Die Antwort ist eine ökologische Preispolitik, bei welcher der Ressourcenverbrauch von Jahr zu Jahr teurer wird. Dann ist es rentabler, effizienter zu werden und den Konsum, wo er die Lebensqualität nicht verbessert, einzuschränken.

**FORMAT:** Ressourcen zu verteuern, steht das auf Ihrer Agenda, Herr Minister?

**Berlakovich:** Nein, weil wir zum einen eine wettbewerbsfähige Wirtschaft brauchen und zum anderen die Lebensqualität der Bürger bewahren wollen. Wir arbeiten daran, Ressourcen effizienter einzusetzen. In erneuerbarer Energie liegt die Zukunft.

**Weizsäcker:** Schon jetzt zeigen Studien, dass die Kosten für Ressourcen höher sind als die Lohnkosten. Die Politik muss aber trotzdem das Signal für diese Kosten verstärken. Etwa so: Wenn die österreichische Autoflotte heuer 1,5 Prozent effizienter

ZUKUNFTSDIALOG.  
Von Weizsäcker (r.) befürwortet teurere Ressourcen, Berlakovich möchte die Energiepreise lieber niedrig halten.



werden würde, müsste im kommenden Jahr das Benzin um 1,5 Prozent teurer sein. Dann kostet der gefahrene Kilometer nicht mehr, aber die Menschen gewöhnen sich daran, dass der Treibstoffverbrauch eine größere Rolle spielt.

**Berlakovich:** In der Bevölkerung gibt es ja schon ein Interesse daran, Sprit zu sparen. Eine Ökologisierung des Steuersystems halte ich aber wegen der Lenkungseffekte für absolut sinnvoll.

**FORMAT:** Könnten die Einnahmen aus einer ökologischen Steuerreform die Lohnnebenkosten senken?

**Berlakovich:** Zunächst sollten einkommensschwache Haushalte und energieintensive Unternehmen entlastet werden. Dann die Lohnnebenkosten zu senken halte ich für überlegenswert.

**FORMAT:** Sie, Herr von Weizsäcker, wollen Wachstum durch Effizienzgewinne erzielen. Ist Wachstum unverzichtbar?

**Weizsäcker:** Wenn es uns gesellschaftlich gelingt, den Arbeitsplatzkuchen so zu verteilen, dass die Arbeitslosigkeit insgesamt sinkt, lässt sich Wohlstand auch ohne materielles Wachstum politisch durchsetzen. Solange diese Bedingung nicht erfüllt ist, bedeutet die Stagnation des Bruttosozialprodukts erhöhte Arbeitslosigkeit.

**FORMAT:** Streben Menschen nicht danach, auch materiell mehr zu haben?

## ZUR PERSON

● **ERNST ULRICH VON WEIZSÄCKER**, 71, gilt als einer der profiliertesten Klimaexperten und Umweltschützer weltweit. In seinem aktuellen Buch „Faktor 5“ skizziert der Wissenschaftler ein Wirtschaftsmodell, das Ressourcenschonung mit Wirtschaftswachstum zu verbinden sucht. Von Weizsäcker war auf Einladung von Umweltminister

● **NIKI BERLAKOVICH** am Montag dieser Woche zu Gast bei einer Veranstaltung zum Thema Ressourcenverbrauch.

**Weizsäcker:** Japaner und Franzosen stecken mehr Geld und vor allem Zeit in hochqualitatives Essen und sind zugleich nicht fettüchtig. Sie essen weniger, sind weniger krank und fühlen sich besser. Es gibt also Phänomene, wo weniger mehr ist. Eine Zivilisation kann sich durchaus so weiterentwickeln, dass Wohlsein etwas anderes bedeutet als das materielle Mehr.

**Berlakovich:** Auch hierzulande beginnen viele, sich bewusster zu ernähren, Stichwort Regionalität. Gespräche mit Arbeitnehmer- und Arbeitgebervertretern zeigen mir außerdem, dass es zunehmend Bereitschaft gibt, für mehr Freizeit und mehr Zeit für die Familie auf Einkommen zu verzichten. Es scheint, als ob sich aus der Devise „Weniger ist mehr“ langsam ein gesellschaftlicher Trend entwickelt.

INTERVIEW: ARNDT MÜLLER

„Wenn die Autoflotte effizienter wird, sollte Sprit im selben Maß teurer werden.“